

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Können wir uns das leisten?

Wir stehen im Kampf mit fast der halben Welt. Trotzdem sind wir bis heute die Siegreichen geblieben. Es wiederholt sich die alte Wahrheit am deutschen Volke, daß mit der Größe der Aufgabe auch seine Kraft wächst. Noch aber sind wir nicht aller Gefahr entronnen. Das wird uns am ehesten ersichtlich aus der ablehnenden Haltung der feindlichen Staatsmänner gegenüber einem Friedensschlusse. Der deutsche Reichskanzler dagegen hat seine Bereitwilligkeit dafür gezeigt. Warum lehnen die feindlichen Staatsmänner im gegenwärtigen Augenblick einen Friedensschluß ab? Sie hoffen immer noch auf eine Wendung der Dinge zu unseren Ungunsten, entweder durch die Hungerrationierung oder indem sie unsere Heere schlagen und zurückschleppen. Beides hoffen sie mit der Zeit zu erreichen. Von der gegenwärtigen Kriegslage und unserer zwar schwierigen aber ungebrochenen Volksernährung versprechen sie sich keinen für sie selbst günstigen Friedensschluß. Sie sind also immer noch mit Hoffnung erfüllt, und an uns liegt es, dieselbe in Scherben zu schlagen. Und wir sind kräftig dabei. Vor Verdun verblutet sich Frankreich, die Oesterreicher zeigen den Italienern in Tirol, was 'ne Harte ist, und in der Nordsee haben die Engländer eine kräftige Probe von der Schlagfertigkeit der deutschen Flotte erhalten. Die augenblicklichen Ereignisse in Ostgalizien werden eine Episode von einigen Tagen bleiben, an der endgültigen Niederlage Russlands wird damit nichts geändert.

Also wir sind kräftig dabei, unseren Feinden Friedensneigung heizubringen. Das erfordert jedoch nach wie vor, daß wir alle Kräfte frisch erhalten, um zu jeder Tat, auch zu der größten und schwersten, befähigt zu bleiben. Darauf kommt es an. Frisch bleiben unsere Kräfte aber nur durch den Geist, der sie belebt. Daher ist Schonung des Geistes, sagen wir besser die Hebung und Erhaltung der Volkstimmung erste Bürgerpflicht.

Da hat sich in den letzten Wochen manches ereignet, was uns diesem Ziele nicht dienlich erscheint. Die Zensurdebatte im Reichstage war alles eher, nur nicht erhebend. Sie wurde benutzt, um das an die Öffentlichkeit zu bringen, was auf anderem Wege, in erster Linie durch die Presse, nicht möglich ist. Die dabei zutage tretenden Gegensätze lassen bei aller Abneigung gegen die Zensur erkennen, daß wir der freien Besprechung der Kriegsziele noch nicht alle Schranken öffnen können. Die Anschauungen gehen dafür zu weit auseinander, außerdem werden Dinge damit verquickt, die sachlich nicht mehr dazu gehören und die nur geeignet sind, Leidenschaften zu wecken. Daß weite Kreise der Vertreter der deutschen Öffentlichkeit sich nicht dazu aufzuschwingen vermögen, nur rein sachlich die Dinge zu behandeln, ist ein arger Mangel an Selbstbeherrschung. Nur nach reichlicher Ueberlegung soll man heute vor die Öffentlichkeit treten, soll sich immer wieder fragen, wie das, was man zu sagen hat oder sagen zu sollen glaubt, auf das gesamte Volk wirkt. Wer aufrichtig und ehrlich dem großen Ziele, das dem deutschen Volke gesetzt ist, dienen will, kann und darf gar nicht anders handeln. Den Krieg gewinnen wollen wir, das ist das Große, dem alles andere untergeordnet werden muß. Und alles übrige, die Verwirklichung der Kriegsziele, so wie sie das deutsche Volk zu seinem Leben und seiner Sicherheit braucht, ergeben sich daraus von selbst.

Leider gewinnt man immer mehr den Eindruck, daß hinter den Kritiken sich andere Ziele verbergen, wie sie öffentlich erscheinen. Da fällt vor allen Dingen die unschöne und hinterhältige Tätigkeit gegen den Reichskanzler ins Auge. Ob unsere bedingungsweise Nachgiebigkeit gegen die dem deutschen Volk so unsympathische nordamerikanische Regierungspolitik ein politischer Fehler ist, das wird erst die Geschichte zeigen. Der U-Bootkrieg gegen England ist damit auf einen geringeren Umfang gekommen. Wer von uns wünschte nicht das rücksichtslose Vorgehen gegen das brutale und grausame England.

Wer uns durch den Hunger auf die Knie zwingen will, Frauen und Kinder dabei nicht schont, gegen den ist man durch keine moralische Verpflichtung mehr gebunden. Not kennt kein Gebot, wir befinden uns in der Notwehr. Wenn aber die verantwortlichen Staatsmänner, denen Einsicht in alle Verhältnisse gegeben ist, glauben, den Weg einschlagen zu müssen, so wie geschehen, dann sollen wir uns ihrem Urteil vertrauensvoll beugen. Das dient unserer Stärke mehr, als wenn wir sie durch mißvergnügte Kritik unterhöhlen. Und wir hoffen darauf, daß die Regierung im geeigneten Moment das wahr machen wird, was sie als Voraussetzung ihrer Nachgiebigkeit selbst aufgestellt hat. So steht es auch mit den Kriegsziele. Sie müssen unseren Erfolgen und dem, was wir benötigen, um zukünftig vor ähnlichen Ueberfällen bewahrt zu bleiben, entsprechen. Darüber werden die Meinungen gewiß auseinandergehen, ein Zuwenig und ein Aus-Merkel-Gehen ist da aber gleich gefährlich. Und es ist festzuhalten, daß diese Extreme viele Berührungspunkte miteinander haben.

Wenn wir die vielen gegen den Reichskanzler gerichteten Pamphlete auf ihren ungläublichen Inhalt prüfen, dann finden wir immer wieder den Vorwurf der Schwäche gegen ihn erhoben. Der Kanzler ist ihnen nicht Herren- und Gewaltmensch genug, er raffelt nicht ständig mit dem Säbel. Was sie wollen, ist ein Herrenmenschtum im Sinne Nietzsche's. Aber die Vorwürfe, die da gegen den Kanzler des Deutschen Reiches erhoben werden, beziehen sich ebenfalls auf die innere wie auf die äußere Politik. Uha! ist man versucht auszuruhen. Neuorientierung, innerpolitische Neuorientierung! In der Tat liegt hier der Hase im Pfeffer. Unserem Empfinden nach, das auf mancherlei Kenntnis beruht, gilt der Kampf dem Kanzler, der eine politische Neuorientierung im Sinne einer stärkeren Beteiligung des Volkes an der Regierung und Verwaltung verspricht, in allererster Linie. Darauf beruht die Forderung nach seinem Sturz. In geschichtlicher Weise werden Kreise in dieses Spiel mit hineingezogen, die in der Frage einer innerpolitischen Neuorientierung in keinem Gegensatz zum Reichskanzler stehen, wohl aber in der des U-Bootkrieges gegen England und in den Kriegsziele. Werden sie bald einschen, wessen Zielen sie dienen? Das ist es, was vergiftend wirken und die Stimmung des Volkes beeinträchtigen muß.

Der Reichskanzler hat in einer großen Rede dieses Gebahren gebührend gekennzeichnet. Wer die vielen geheimen Schriften gelesen hat, findet die Kennzeichnung der „Verraten der öffentlichen Meinung“ eher noch zu schwach. Ein reinigendes, erlösendes Wort war hier am Platze.

Alle diese Vorkommnisse stärken wieder unsere innere Kraft, noch nutzen sie unserem Ansehen bei unseren Feinden. Im Gegenteil ziehen diese allerhand Schlussfolgerungen daraus, die nur auf eine Verlängerung des Krieges hinauslaufen und uns weiter kostbares Blut und Gut kosten. Das gilt sowohl von dem vorstehend gekennzeichneten, wie auch von dem Verhalten der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Letztere wird heute geschildert in englischen und französischen Zeitungen als die Vertretung der gesamten deutschen Arbeiterschaft hingestellt. Der Grund ist einleuchtend. Aus ihrer Kriegsgegnerschaft, der Verweigerung der erforderlichen Mittel, dem schärfsten Hervortreten aller vorhandenen Gegensätze, lassen sich leicht die Schlagworte formulieren, mit denen man die eigenen Völker zu weiterem Durchhalten aufpeitschen muß.

Können und dürfen wir uns das leisten? Wir sagen nein; bei der Last, die auf unserem Volke ruht und die es tapfer und standhaft trägt, doppelt nein. Wir wollen den Krieg gewinnen, und dazu brauchen wir heute mehr denn je innere Kraft und Stärke. Wer dagegen versöhnt, gefährdet das Kriegziel, verjüngt sich an Volk und Vaterland.

Aus dem Reichstag

Die Mitte März begonnene Tagung des Reichstags hat ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen boten in mehr als einer Hinsicht recht erregliche Gesichtspunkte. So die Abgabe des Reichskanzlers an die Kriegstreiber und Scharfmacher, andererseits durch die Zugeständnisse auf sozialpolitischem Gebiete. Der Kanzler ist daran, die von ihm auf dem zweiten Kongress der christlich-nationalen Arbeiterschaft ausgesprochene wichtigste Aufgabe der Verwirklichung entgegenzuführen: Einordnung der Arbeiterschaft in die heutige Gesellschaftsordnung. In seiner kühnen erregenden Rede vom 6. Juni 1916 versicherte der Reichskanzler dem ganzen Volke seine Liebe, daß in diesem Krieg einmütig für den Bestand und die Größe des Vaterlandes die schwersten Opfer bringe. Es dürfe fortan kein Unterschied mehr gemacht werden zwischen „nationalen“ und „antinationalen“ Parteien. Mit großem Mißvergnügen betrachteten gewisse Kreise der Industriellen, der Großagraren und Privilegierten diese Entwicklung und die Stellungnahme des ersten Reichskanzlers. Der konservative Redner, Graf Westarp, wandte sich dem auch gegen den Kanzler, dem aus den Reihen der genannten Personenkreise seit etwa Jahresfrist, angeblich wegen des Kanzlers Haltung in der U-Bootfrage und seiner Stellungnahme zu Amerika, heftige Opposition gemacht wird. Der Hauptgrund des Hasses und der Zucht dürfte aber mehr in der Auffassung des Kanzlers von der Gleichberechtigung aller Volksteile im Staatsleben zu suchen sein, die, wenn durchgeführt, die Vorherrschaft der oberen und privilegierten Klassen etwas beeinträchtigen würde. Hier sind auch die Gründe zu suchen, die zum Vorgehen gegen die kleine Novelle zum Vereinsgesetz Anlaß gaben. Obwohl diese Novelle lediglich den Willen des Gesetzgebers von 1908, gegenüber falschen Auslegungen durch die Polizeibehörden und verschiedener Gerichte, zum unzweifelhaften Ausdruck bringt, wurde sie bekämpft, da sie ein Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften ist. Das erste Gesetz mit freibetlicher Auffassung und in der Richtung zur Gleichberechtigung sollte verflücht werden. Die große Mehrheit des Reichstags stimmte aber der Novelle zu und verlangte außerdem mit 203 gegen 73 Stimmen der Konservativen, eines Teils der Nationalliberalen und der Bauernverbände die beantragte Aufhebung des Sprachparagraphen (§ 12 RWG). Gewerkschaftliche und andere Standesvereine dürfen nun nicht mehr als politische Vereine angesehen werden mit der Wirkung, daß nun auch die Jugendlichen dabei sich gesichert betätigen können eine Sache, die nicht ohne sozialpolitische Bedeutung ist.

Neben dem Vereinsgesetz sind eine Reihe von Gesetzen sozialen Charakters verabschiedet worden. Die Volkerversammlung des Reichstags hat die Verabschiedung der Altersgrenze für den Bezug der Invalidenrente glatt angenommen. Ebenso das Kapitalabfindungsgesetz, mit dem Zwecke, Kriegsinvaliden oder den Hinterbliebenen gefallener Krieger die Aufstellung oder die Fortführung ihrer Wirtschaft zu ermöglichen. Dazu kommt das Kalkülgesetz mit Vorschlägen für die Kalkülarbeiter für die Tabakarbeiter und deren wie der Konfektionsarbeiter Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit; die Beschlässe zur Lösung der Wohnungsfrage, die kleine Besoldungsordnung, mit der Aufbesserung der Unterbeamten, und Erhöhung der Feuerzuzulagen für die Staatsarbeiter; alles begründenswerte sozialpolitische Fortschritte.

Sehr eingehend wurden auch wieder Fragen der Volksernährung besprochen und über die Mittel beraten, die zu einer besseren Versorgung der arbeitenden Bevölkerung führen könnten. Zahlreiche, von den verschiedenen Parteien gestellte Anträge wurden dem parlamentarischen Beirat, der beim Ernährungsamt beauftragt

ist, zur weiteren Beratung und Vorbescheidung überweisen. Man hofft, daß es dem neuen Ernährungsamt gelingen werde, die hauptsächlichsten Klagen auf dem Gebiete des Ernährungswesens zu beseitigen und die unerhörte Preissteigerung einzudämmen.

Das neue Ernährungsamt will nun zunächst den Schwarzarbeitern, insbesondere im Bergbau und den Erntearbeitern, höhere Ertragsraten zuweisen. Zur weiteren Erhöhung der Rationen werden monatlich zehntausend Tonnen Hülsenfrüchte an die Kommunalverbände zum Weiterverkauf abgegeben. Um die Viehproduktion zu heben, sind zehn Fabriken zur Herstellung von Ersatzfuttermitteln gegründet worden. Da die diesjährige Ernte an Futtermitteln vor der Ernte steht und bereits eingebracht wird, dürfte auch die Knappheit an Fleisch bald etwas behoben werden. Für die Zeit der Obst- und Beerenerte sind 300 000 Doppelzentner Zucker reserviert und werden rechtzeitig abgegeben. Auch auf anderen Gebieten sind Maßnahmen in Vorbereitung, die die Lebenshaltung erleichtern sollen. Es ist erst nach Friedensschluß damit zu rechnen, daß wir in gewohnter Weise, im Schweiße des Angesichts, unser Brot wieder voll essen können.

Die im Ausschuß zustande gekommene Einigung über die Kriegssteuern hat standgehalten. Bei den Beratungen in den Vollversammlungen des Reichstags wurden sie der Reihe nach mit großen Mehrheiten angenommen. Der Ertrag aus der Kriegsteuer, die den Besitz und Vermögenszuwachs trifft, wird auf mehr als eine Milliarde Mark berechnet. Der Tabak wird etwa 130 Millionen Mark zu tragen haben, während die Umsatz- und Verkehrssteuern weitere 500 Millionen Mark bringen sollen. Damit ist die Finanzkraft des Reiches und seine im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegende Kreditfähigkeit gestärkt, dem Auslande aber gezeigt, daß das deutsche Volk die ihm durch den ungeheuren Krieg auferlegten Opfer zu tragen bereit ist. Das wird zur Herbeiführung eines gesicherten Friedens von Nutzen sein.

Die Kriegsteuer selbst trifft die breiten Massen des Volkes in keiner Weise, wohl aber das Vermögen und den Vermögenszuwachs erheblich. Je nach der Höhe des Vermögens und des Kriegsgewinns werden bis zu 50 Prozent für das Reich genommen. Dazu kommen die Steuern der Einzelstaaten und der Kommunen, die eine weitere Belastung des Besitzes um 15 bis 25 Prozent ergeben. In Rücksicht darauf konnte sich der Reichstag nicht entschließen, jetzt, während des Krieges, weiterzugeben; er lehnte gegen die Stimmen der Antragsteller die sozialdemokratischen Anträge auf Erhebung eines nochmaligen Beitrags und einer Erbschaftsteuer ab. Der Schatzsekretär machte darauf aufmerksam, daß die Erbschaftsteuer bereits bis zu 33 Prozent geht, außerdem einzelne Bundesstaaten bis zu 40 Prozent Zuschlag dazu erheben. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Kriegsteuergesetz zu, dagegen hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft es abgelehnt.

Von praktischer Arbeit ist bei dieser Arbeitsgemeinschaft überhaupt nicht die Rede. Ihre Tätigkeit bestand in der Hauptsache darin, den Gang der Verhandlungen durch ihre Rederei, Anklagen und Prophezeiungen aufzuhalten. Der große Theoretiker Bernstein brachte es fertig, im Hauptausschuß zu erklären, daß er wegen des Verwendungszweckes überhaupt nichts bewillige, um dann einige Tage später einen auf hohe Steuererträge hinauslaufenden Antrag zu begründen. Der soziald. Abgeordnete Bogherr tat sehr wichtig und wollte die Beratungen ausgesetzt haben, weil ihm niemand zuhören wollte. Dabei wurde festgestellt, daß er überhaupt der einzige anwesende Vertreter der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ war. Schließlich wurde ihm vor Augen geführt, daß in anderen Ländern, insbesondere aber in England, der Tabak weit höheren Steuern unterworfen ist als bei uns. Selbst von sozialdemokratischer Seite ist zugegeben worden, daß jetzt die günstigste Zeit für eine Erhöhung sei. Da, wo die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und Arbeitslosigkeit eintreten sollte, wird höchste Unterstützung gewährt. Die Steuererhöhung ist bereits in Kraft getreten. Bei dem Gesetz auf Erhöhung der Einkommen um 5 Pfennig für den Brief, also auf 15 Pfennig, folgte nur die Hälfte, wurde auch eine Reduktion angenommen, die verlangt, daß die Fortschritt der Parteien durch ein besonderes Gesetz geregelt werde. Dieses bezieht sich auf die Reichs- und Landesgesetzgebung. Eine solche Fortschritt sollte eine Einheitsmarke eingeführt, die die bisherige Marke abgibt. Da es sich hier um ein hartes Einheitsgesetz handelt, wird es bis zur Durchführung des Gesetzes noch lange Zeit dauern. (Reber! D. A.)

Das Kapitalabfindungsgesetz

Von J. Wiesbarts, Mitglied des Reichstages.

I.

Das Kapitalabfindungsgesetz, welches der Reichstag nunmehr in zweiter und dritter Lesung erledigt hat, stellt die erste gesetzgeberische Aktion dar zugunsten unserer Kriegsteilnehmer, besonders der Kriegsbeschädigten. Schon nach kurzer Dauer des Krieges trat die Fürsorgebewegung für unsere Kriegsteilnehmer lebhaft auf. Sie setzte sich vorerst zwei Ziele:

1. eine Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten, die jetzt glücklich über ganz Deutschland organisiert ist und im allgemeinen vorzügliche Wirkungen erzielt. Hier handelt es sich im wesentlichen darum, den Kriegsteilnehmern möglichst die Gesundheit wieder zu schaffen, ihnen ein möglichst großes Maß von Arbeitsfähigkeit zu erhalten, ein geeignetes Tätigkeitsgebiet zu suchen und sie dafür vorzubilden;
2. eine Verbesserung, resp. Erhöhung der Versorgungsgebühren für die Kriegsverletzten wie auch der Hinterbliebenen der Gefallenen. Die letzte Aktion hat eine Zeitlang auch den Reichstag lebhaft beschäftigt, gegenwärtig ist es sehr still darüber geworden. Solange man bei den voraussichtlichen Verlusten den Maßstab des Krieges 1870 anlegte, erschien eine Erhöhung und Erweiterung der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten möglich und durchführbar. Je länger aber der Krieg dauert, je größer unsere Verlustziffern werden, um so mehr tritt diese Frage in den Hintergrund infolge der unabwehrbaren Kosten, die entstehen. Schon die heutigen Versorgungsgesetze bedingen für die Unterhaltung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen eine Ausgabe von jährlich über zwei Milliarden. Muß deshalb die Reform der Versorgungsgesetze hinausgeschoben werden, so ist es um so erzwungener, daß die Regierung die Initiative ergriffen hat, um durch das Kapitalabfindungsgesetz ohne Erhöhung der Versorgungsansprüche selbst den Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen eine neue und gute Art für die Verwendung der Versorgungsgebühren zu eröffnen. Einen kräftigen Anstoß und Förderung fand die Initiative der Regierung durch die Kriegereimenschaftsbewegung, die von den Wohnungs- und Bodenreformern in die Wege geleitet wurde und einen starken Widerhall im ganzen deutschen Volk gefunden hat. Das Kapitalabfindungsgesetz wird eine wichtige und bedeutsame Förderung dieser Bewegung werden. Im Nachfolgenden sollen kurze Richtlinien über Sinn und Zweck des Gesetzes gegeben werden.

1. Wesen des Gesetzes.

Das Kapitalabfindungsgesetz soll nicht grundsätzlich die Kapitalabfindung in die Renten- und Pensionsgesetzgebung einführen. Sowohl die Regierung als auch der Reichstag sind einig in der Auffassung, daß die Kapitalabfindung in diesem Gesetz nur zu einem bestimmten Zwecke erfolgt. Grundsätzlich soll die Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung unter allen Umständen in der Form der Rente erhalten bleiben. Deshalb enthält das Gesetz — und wohl noch mehr die noch zu erwartenden Ausführungsbestimmungen — Vorschriften, um den Mißbrauch der Kapitalabfindung zu verhindern. Es ist wichtig, dies zu betonen, weil möglicherweise sich bei unsern Kriegsteilnehmern der Gedanke festsetzt, es hätte ein jeder Anspruch darauf, seine Rente in Kapital abfinden zu lassen ohne Rücksicht auf die Verwendung des Abfindungskapitals. Ferner muß von vornherein dem Bestreben vorgebeugt werden, allgemein das Prinzip der Rentengesetzgebung durch die Kapitalabfindung zu durchbrechen. Die beste und sicherste Fürsorge für die Invaliden und die Hinterbliebenen ist und bleibt der Anspruch auf regelmäßige, fortlaufende Renten.

2. Der Zweck der Kapitalabfindung (§ 1).

Die Kapitalabfindung ist nur zulässig zum „Erwerb oder wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes“. Es heißt ausdrücklich „eigenen“ Grundbesitzes, also nicht zum Zwecke der Ermietung von Wohnungen oder Geschäftsunternehmungen, auch nicht zur Gründung geschäftlicher Existenzen. Die Begründung sagt, daß „mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft und die Gesundheitspflege angestrebt werden muß, den Kriegsteilnehmern und ihren Witwen die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe eines Kapitals sich auf eigener Scholle anzulassen zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten“.

Der Erwerb von Grund und Boden erstreckt sich auf landwirtschaftliche Güter, besonders Rentengüter, auf Gartenerträge (die auch in der Nähe der Stadt liegen können), ferner auf den Bau eigener Häuser für Handwerker und Arbeiter; also auch der Handwerker, der ein eigenes Grundstück oder eigenes Haus erwerben will, um darin sein Handwerk zu betreiben, kann berücksichtigt werden. Besonders gilt dies auch von Arbeitern, die durch Vorkriegs-

schaften Häuser erwerben wollen. Die Kommission hat mit Rücksicht auf die Bedeutung der gemeinnützigen Baugenossenschaften den Absatz 2 in § 1 besonders hinzugefügt, um jeden Zweifel zu beseitigen, daß die Mitgliedschaft bei gemeinnützigen Baugenossenschaften gleichberechtigt ist mit allen anderen Siedlungsunternehmungen. In der Praxis wird in der Regel die Erwerbung des eigenen Grund und Bodens mit Hilfe der Kapitalabfindung durch die Baugenossenschaften und Siedlungsunternehmungen erfolgen. Aber auch der Einzelwerb ist nicht bloß nicht ausgeschlossen, sondern wird in erheblichem Umfang in jenen Gegenden in Betracht kommen, wo vorwiegend mittlerer und kleinerer ländlicher Besitz vorhanden ist. Die Begründung sagt: „Auf die Besitzform, unter welcher der Abfindungs-berechtigte den Grundbesitz erwirbt, kommt es nicht an, vielmehr sollen unter der Bestimmung des § 1 auch die Formen der Rentenpacht, der Erbpacht und des Erbbaurechts, sowie diejenigen Besitzformen fallen, welche für die kleineren landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Besitzungen landesgesetzlich bestehen oder künftig geschaffen werden.“

Die Abfindung geschieht nicht nur zur Erbauung neuer Häuser oder Errichtung neuer Anwesen, sondern es können vorhandene Wohnhäuser und ländliche Anwesen erworben werden. Außerdem kann die Kapitalabfindung stattfinden zur Stärkung eigenen Grundbesitzes, d. h. zur Abstoßung von Schulden und zum Zukauf von Grundstücken. Die Begründung sagt hierzu: „Unter Festigung eigenen Grundbesitzes sollen alle Maßregeln verstanden werden, die geeignet sind, einen vorhandenen Besitz und die Gelegenheit zu ländlicher Arbeit nicht nur den zu Versorgenden selbst, sondern auch ihren Angehörigen zu erhalten und zu stärken. Dazu werden zu rechnen sein: Die Abstoßung von Schulden oder die sonstige Verbesserung der Schuldenverhältnisse, der Aufbau oder die Wiederherstellung von Gebäuden, die Vergrößerung leistungsfähigen Besitzes durch Neuerwerbungen, die Vervollständigung landwirtschaftlichen Inventars usw.“ (Fortsetzung folgt.)

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielt Kollege Unteroffizier Alois Schäfer, Mitglied der Bahnstelle Fuhrbach. Das Bayerische Militärverdienstkreuz III. Klasse mit Schwertern erhielt Kollege Gefreiter Max Rauberger, Mitglied der Bahnstelle Aylteten b. Augsburg.

Kriegsbeschädigtenfürsorge der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands. Der „Deutsche Arbeiterkongress“, der die Zusammenfassung der gesamten christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands darstellt und bei Kriegsbeginn 1 1/2 Millionen Mitglieder zählte, hat am 1. Juni d. Js. in Berlin (N. 58, Schönhauser Allee 130, Fernspr.: Norden, 4265) eine eigene Geschäftsstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge errichtet, die seinen kriegsbeschädigten und im Kriege erkrankten Mitgliedern unentgeltlich mit Rat und Hilfe zur Verfügung stehen soll. Mit der Leitung der Geschäftsstelle ist der in der Krüppelpflege praktisch tätig gewesene Gewerkschaftsvorsitzende Georg Streiten vom Verband der Krankenpfleger betraut worden, durch dessen bisherige Mitarbeit in den maßgebenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Einrichtungen (Reichsausschuß, Brandenburgischer Landesbeirat, Stadt Berlin, Zentral-Komitee vom Roten Kreuz usw.) die Gewähr dafür gegeben ist, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch weiterhin in engster Anlehnung an die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge arbeiten wird. Diejenigen unserer Mitglieder, die die Geschäftsstelle in Anspruch nehmen wollen, müssen sich unter kurzer oder genauer Darlegung ihrer Verhältnisse an die persönliche Adresse des Leiters der Geschäftsstelle wenden. Militärpapiere (Paß usw.) sind als Einreichungsbriefe zu senden. Jeder Anfrage ist Rücksicht beizufügen. Unsere Ortsgruppen, Bahnstellen usw. sind verpflichtet, alle ihnen bekannt werdenden Kriegsbeschädigtenfürsorge-Angelegenheiten der einzelnen Bezirke, Zeitungsnotizen u. dgl. ebenfalls an die neue Geschäftsstelle zu senden.

Die zweite Verbraucher-Kriegstagung hat am 3. und 4. Juni in Leipzig unter sehr starker Beteiligung der hervorragendsten Mitglieder des Kriegsausschusses für Konsuminteressen stattgefunden. Am Sonntagabend versammelten sich die Vertreter der Bezirks- und Ortsausstände zur Behandlung organisatorischer Fragen. Sonntag traten dann die Beauftragten aller dem Kriegsausschuß angeschlossenen Verbände der Arbeiter, Angestellten, Frauen und Konsumgenossenschaften sämtlicher volkswirtschaftlichen und religiösen Richtungen und des Unterstaatsrat zur Gesamtagung zusammen. Als Gäste waren u. a. anwesend: vom neuen Kriegsernährungsamt Ministerialrat Oskar Freih. v. Braun und Dr. Ing. Müller, vom Deutschen und Preussischen Arbeiterkongress Dr. Luther, außerdem Vertreter

staatlicher und städtischer Behörden des Königreichs Sachsen. Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Hubner kam in seinem Lehrreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage über „Die Ernährungsaussichten in der dritten Kriegswirtschaftsjahre zu dem tröstlichen Schlusse, daß wir nach Überwindung des vergangenen ungünstigen Wirtschaftsjahres und der noch folgenden schweren Wochen nach Einbringung der neuen Welle bei sparsamem Verbrauch sehr wohl auskommen und allen Feinden trohen können. Hauptgeschäftsführer Wilhelm, Berlin, erstattete den Tätigkeitsbericht. Danach kann der Kriegsausbruch mit seinen Erfolgen trotz aller Langsamkeit der Behörden und trotz aller Widerstände der Interessenten zufrieden sein. Besonders die letzten Regierungsmaßnahmen (Schaffung des Kriegsernährungsamts, Rationierung der wichtigsten Lebensmittel usw.) decken sich mit dem vorläufigen Jahre aufgestellten Verbraucherprogramm. Der Vorsitzende des Kriegsaussschusses, Reichstagsabg. Dr. Schmidt, Berlin, behandelte in wirkungsvollen Worten die Wünsche und Beschwerden der Konsumenten hinsichtlich der Preisprüfungen. Nach einer sehr interessanten Aussprache, an der sich Vertreter von Behörden und Ausschüssen aus allen Reichsgegenden beteiligten, wurde neben einigen anderen Anträgen eine Entschließung angenommen, in der der feste Wille der Verbraucher zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende des Krieges bekundet wird.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Bochum.

Tarifverhandlungen für das Dachdeckergerwerbe.

Am Mittwoch, den 31. Mai, wurden die am 27. März begynten Tarifverhandlungen für das Dachdeckergerwerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wieder aufgenommen. Esfentlichweise kam diesmal unter den Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer eine Einigung zustande. Nach kurzer Aussprache ließen die Arbeitgeber ihre frühere Forderung fallen und erklärten sich damit einverstanden, daß auch den Dachdeckern dieselbe Zulage gezahlt würde, wie sie für die drei Hauptberufe des Baugewerbes am 3. Mai in Berlin vereinbart worden ist. Ferner forderten sie, daß die erste Zulage von 5 Pf. pro Stunde vom 1. April d. J. nachgezahlt werden müsse, soweit sie nicht gezahlt ist.

Die Arbeitgebervertreter erklärten sich bereit, recht bald eine Generalversammlung einzuberufen und voll und ganz für unsere Forderung einzutreten zu wollen. Mit ihr erhalten auch unsere Dachdecker eine Lohnzulage von 10 Pfennig pro Stunde. Bis zum 30. Juni werden 5 Pfennig, ab 1. Juli 8 Pfennig und ab 1. September 10 Pfennig über den Tariflohn gezahlt. Daß sich die Generalversammlung der Dachdeckermeister mit dieser Vereinbarung einverstanden erklären wird, damit dürfte kein Zweifel zu rechnen sein.

Bezirk Posen.

Posen. Die am 7. Mai stattgefundene Versammlung der Maurer und Zimmerer nahm Stellung zu dem Resultat der zentralen Verhandlungen. Als Referent war Kollege Müller erschienen. Derselbe schilderte uns ausführlich den Verhandlungsgang der diesjährigen Tarifbewegung. Es erriemann sich darauf eine lebhaftc Debatte. Es wurde anerkannt, daß die Verhandlungskommission ihre Pflicht erfüllt hat. Die Kollegen stimmten daher einstimmig den Vereinbarungen zu. Zur zweiten Teile der Versammlung wurde beschlossen, den Beitrag vom 1. Juli ab um 10 Pfg. zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, daß die unorganisierten und rückschlächtigen Kollegen vom Bezirksleiter durch ein Schreiben aufgefordert werden sollen, dem Verbands gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen, da vom Juli ab für diese Kollegen eine Strafe festgesetzt wird.

Schwerin a. d. W. Am Sonntag, den 14. Mai, fand hier eine Versammlung statt, in welcher sich die Kollegen mit dem Resultat der zentralen Verhandlungen beschäftigten. Mit dem Angebot waren die Kollegen nicht zufrieden, denn auch in den kleinen Städten herrscht eine große Teuerung. Die Kollegen stimmten demnach dem Angebot zu. Einstimmig wurde dann beschlossen, vom 1. Juli ab den Beitrag von 60 auf 70 Pfg. zu erhöhen. Dieser Beschluß erbt unsere Schweriner Kollegen. Der Tariflohn beträgt 46 Pfg. Durch die Teuerungszulage steigt der Lohn bis Juli auf 54 Pfg. Mögen an dieser Beschluß sich viele Kollegen ein Beispiel nehmen. (D. R.)

Schneidemühl. den 14. Mai. Unsere Verwaltungskasse nahm in der heutigen Versammlung Stellung zu dem Angebot bei dem am 3. Mai im Reichsamt des Innern stattgefundenen Verhandlungen. Kollege Müller erstattete über die bisher erfolgten Tarifverhandlungen ausführlichen Bericht. Das Resultat konnte die Kollegen nicht zufriedenstellen. Durch das Gefangenlager und durch das viele hier untergebrachte Militär herrscht eine große Lebensmittelknappheit und somit eine enorme Teuerung. Die Arbeitgeber haben auch demzufolge schon lange eine Teuerungszulage von 10 Pfg. pro Stunde bezahlt. Nun haben schon einige Arbeitgeber versucht, die höher gezahlte Zulage zu kürzen. Da dies aber nach den Vereinbarungen nicht zulässig ist, so ist es unterblieben. Die Kollegen stimmten dem Angebot zu, weil auch diese Verbesserungen anderen Orten zugutekommen. Ueber die Erhöhung der Beiträge konnten sich leider die anwesenden Kollegen nicht einig werden. Dieser Punkt wurde auf eine spätere Versammlung vertagt.

Posen. Am 9. Mai fand hier eine Versammlung statt, die sich mit dem Resultat der zentralen Verhandlungen beschäftigte. Dem Resultat wurde zugestimmt. Es wurde anerkannt, daß die Verhandlungskommission richtig gehandelt hat, wenn sie das erste Angebot abgelehnt hat. Wenn auch das jetzt gebotene den letzten

Zur Beachtung! Sonntag, den 18. Juni ist der 16. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Lebensmittelpreisen gegenüber als viel zu niedrig bezeichnet werden müsse, so bedeute das jetzt erzielte Resultat doch eine wesentliche Verbesserung. Die Beiträge wurden vom 1. Juli ab auf 85 Pfg. pro Woche festgesetzt.

Fraustadt. In Fraustadt stimmten die Kollegen dem Resultat der zentralen Verhandlungen zu. Der Beitrag wird vom 1. Juli ab erhöht werden. Das Nähere darüber wird den Kollegen noch mitgeteilt werden. Die Kollegen arbeiten fast alle auf dem Neubau der hiesigen Buderfabrik. Den wenig organisierten Kollegen stehen die Mehrzahl unorganisierten Maurer gegenüber. Den hohen Lohn stecken diese Sorte Kollegen ein, aber vom Verbands wollen sie nichts wissen.

Bezirk Hannover.

Im hiesigen Bezirk haben wir in allen in Frage kommenden Orten in Verwaltungsratsversammlungen Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen vom 3. und 4. Mai genommen. Der Besuch der Versammlungen war durchweg gut. In einigen Orten hätte er, in Anbetracht der wichtigen Fragen, besser sein können.

Das Verhandlungsergebnis wurde in allen Versammlungen angenommen. In keinem Orte wurde es jedoch in Rücksicht der Verhältnisse als ein besonderer Fortschritt gepriesen, ist doch auch die Teuerung so hoch, daß durch die Lohnerhöhung nur ein ganz kleiner Bruchteil davon ausgeglichen wird. Man war der Ansicht, daß die Staffelung hätte unterbleiben können, auch für den Fall, daß der Beitrag für das nächste Jahr weitere Geltung haben sollte, eine weitere Steigerung hätte festgelegt werden müssen. Besonders unzufrieden war man in den Orten, die nur 7 Pfg. Zulage bekommen, ist doch auch dort die Teuerung genau so drückend wie in den größeren Städten.

Es wurden jedoch auch die Vorteile der Tariferneuerung nicht verkannt. Hätte man doch schon Stellenweise versucht, die Arbeitszeit ohne Zuschläge zu verlängern, auch die Zuschläge für Sonntagsarbeiten, schmutzige Arbeiten usw. fallen zu lassen. Auch die Vorteile der Schlichtungsinstanzen haben sich in der kurzen tariflosen Zeit gezeigt. Man erkannte die Gefahren einer tariflosen Zeit. Darum stimmte man den Vereinbarungen zu.

In allen Versammlungen wurde auch die Erhöhung der Beiträge besprochen. Wegen einer solchen Erhöhung wurden nur vereinzelte Stimmen laut. Die hohen Leistungen des Verbandes, während des Krieges im Interesse der Mitglieder, wurden allgemein richtig gewürdigt. Man ist sich bewußt, daß wir unseren im Felde stehenden Kollegen einen starken Verband erhalten müssen.

In allgemeinen bestebte die Versammlungen ein guter Geist, es wurden Aufnahmen gemacht und bezieht so die Hoffnung, daß die Versammlungen zum weiteren Ausbau des Verbandes beitragen.

In den Orten Duderstadt, Zalkenhäusen, Enger i. W. und Hannover (Dachdecker), die nicht zum Reichstarifvertrag gehören, ist es ebenfalls gelungen, eine Lohnerhöhung auf der Grundlage der zentralen Vereinbarungen zu erzielen. In anderen Orten stehen wir noch mit den Arbeitgebern in Verhandlungen. In Twistringen haben die Meister sich sogar erdreistet, den Lohn um 3 Pfg. zu kürzen. Hier haben die Bauarbeiter selber die Schuld, zwar sind unsere besten Kollegen eingezogen, auch sind noch einige, die den Verband aufrechterhalten. Ein Teil hat aber dem Verband den Rücken gekehrt. Ob die Haltung der dortigen Arbeitgeber und der Erfolg in den anderen Orten diesen kurzschichtigen Leuten die Augen öffnet, muß abgewartet werden. Hier bieten allerdings die Schauerwerker, die früher den Meistern bei den Zickarbeiten ins Geschäft pfuschten, sich jetzt den Meistern für niedrige Löhne an. Sie werden auch jetzt von den Meistern, die früher verlangten, wir sollten ihnen diese Kontingenten bewilligen, gerne angenommen.

In allgemeinen hat sich bei der diesjährigen Lohnbewegung wieder gezeigt, wie notwendig die Organisation während des Krieges ist, und daß sie auch noch vermag, die Interessen der Kollegen zu wahren. Hätte man zu Beginn des Krieges gesagt, daß der Verband nach halb zweijähriger Kriegsdauer den Kollegen noch eine Lohnhöhung von 10 Pfg. verschaffen würde, hätte man für den doch nur ein mitleidiges Lächeln gehabt.

Bezirk Breslau.

Görlitz, den 16. Mai. Die gut besuchte Versammlung, in welcher Kollege Müller aus Posen uns über das Resultat der zentralen Verhandlungen Bericht erstattete, nahm einen regen Verlauf. Man erkannte an, daß die Verhandlungskommission alles getan hat, um ein besseres Resultat zu erreichen. Da dieses aber nicht möglich war, so mußten sich die Kollegen mit dem nunmehr erreichten zufriedengeben. Den Vereinbarungen wurde dann einstimmig zugestimmt. Die Erhöhung der Beiträge führte auch zu einer lebhaften Debatte. Diese erwiderte aber mit einem für die Kollegen ehrenden Resultat, indem anerkannt wurde, wenn den Kollegen durch die Organisation höhere Löhne errungen werden, daß dann auch die Kollegen die Pflicht haben, höhere Beiträge zu zahlen.

Sagan, den 16. Mai. Heute nahm unsere Verwaltungskasse Stellung zu dem Resultat der zentralen Verhandlungen. Die Zulage wurde als unzureichend bezeichnet. Die Kollegen stimmten aber dem Resultat zu, weil damit wieder höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen

geschaffen sind. Der Beitrag soll vom 1. Juli ab, den Statuten gemäß, erhöht werden.

Glogau. Am Donnerstag, den 25. Mai, fand unsere Monatsversammlung statt. Kollege Müller erstattete uns den Bericht von dem Resultat der zentralen Tarifverhandlungen. Das Angebot der Arbeitgeber konnte die Kollegen nicht zufriedenstellen. Nach einer längeren Debatte stimmten die Kollegen dem Resultat zu.

Steinau a. d. O. Hier fand am 26. Mai in der Mittagsstunde mit den Kollegen eine Besprechung statt. Kollege Müller berichtete uns über den Verlauf der zentralen Tarifverhandlungen. Die Kollegen stimmten dem Resultat zu. Es wurde aber bittere Klage geführt, daß die Arbeitgeber sich trotz Aufforderung geweigert haben, eine Teuerungszulage zu zahlen. Kollege Müller wurde beauftragt, die Arbeitgeber aufzufordern, die nunmehr vereinbarte Teuerungszulage zu zahlen.

Breslau. Am 27. Mai fand hier eine Versammlung statt, welche sich mit dem Resultat der zentralen Verhandlungen beschäftigte. Kollege Müller schilderte uns den Gang der Verhandlungen. Das Resultat konnte die Kollegen nicht befriedigen. Den Arbeitgebern dürfte es doch nicht unbekannt sein, daß die doppelte Höhe der bewilligten Zulage nicht ausreicht, einen gerechten Ausgleich der verteuerten Lebensmittel herbeizuführen. Da die Kollegen es aber einsehen, daß nicht mehr zu erreichen ist, so stimmten sie dem Resultat zu.

Bernstadt. Die am Sonntag, den 28. Mai, stattgefundene Versammlung nahm Stellung zu dem Resultat der zentralen Verhandlungen. Hier in Bernstadt haben die Arbeitgeber bis jetzt noch keine Zulage bezahlt. Dem Resultat wurde zugestimmt. Kollege Müller wurde beauftragt, die Arbeitgeber aufzufordern, die vereinbarte Zulage zu zahlen. Die Kollegen versprochen, alles aufzubieten, daß alle fernstehenden Kollegen der Organisation beitreten.

Reiße, den 29. Mai. Eine gut besuchte Versammlung nahm Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber. Wenn auch das Resultat der Verhandlungen, die Kollegen nicht zufriedenstellte, so stimmten sie doch dem Resultat zu. Es wurde anerkannt, daß es doch eine schöne Verbesserung gegen das erste Angebot ist. Die Kollegen versprochen, wenn zum Verbands zu halten und alles anzubieten, damit auch jeder Kollege dem Verbands gegenüber seine Pflicht erfüllt.

Wlask. Die Kollegen wohnen hier recht verstreut; so ist durch eine Umfrage festgestellt worden, daß die Kollegen dem Resultat zustimmen. Leider zahlen auch hier in Wlask die Arbeitgeber nur 3 Pfg. pro Stunde Zulage. Es liegt jetzt an den Kollegen, das nun Erreichte auch von den Arbeitgebern zu verlangen.

Landeshut. Am 2. Juni fand auch hier mit den Kollegen eine Besprechung statt. Kollege Müller teilte den Kollegen das Resultat der zentralen Verhandlungen mit. Die Kollegen stimmten dem Angebot zu. Die Beiträge wurden ebenfalls erhöht, so daß vom 1. Juli ab 60 Pfg. zu zahlen sind.

Gr. Wartenberg. Da die meisten Kollegen in Breslau arbeiten, so fand hier in Breslau über das Resultat der zentralen Verhandlungen eine Besprechung statt. Dem Resultat wurde zugestimmt. Da den Kollegen der in Wartenberg gezahlte Lohn zu niedrig ist, so gehen die Kollegen nach solchen Orten in Arbeit, wo mehr Lohn bezahlt wird. In Gr. Wartenberg handeln die Arbeitgeber korrekt, sie zahlen nur den Kollegen die Zulage, die im Verbands sind. So mußten alle Arbeitgeber handeln. Wer keine Opfer für seinen Stand bringt, soll auch die erzwungenen Verbesserungen nicht ernten.

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk München. Das Jahr 1915 ist das 10. Jahr des Bestehens des Bezirkes München. Es läge somit nahe, Rückschau auf dessen Werden und Stand zu halten, und die fördernden und hemmenden Einflüsse, die uns im Laufe der Zeit begegnet sind, im Dienste der Vergangenheit zu schauen und Zukunftsprobleme zu entrollen. Angesichts des Krieges, dessen Wirkungen die geistigen und wirtschaftlichen Kräfte einer Neu- und Umordnung entgegenzuführen, muß von einer solchen Rückschau Abstand genommen und auf das Jahr 1915 beschränkt bleiben. Die Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe war in den meisten Verbandsorten für die noch vorhanden gewesenen Bauarbeiter ziemlich ausreichend; in einigen Orten trat teilweise sogar Arbeitermangel auf. Die Verbandsmitglieder, die kurz nach Kriegsausbruch andere Erwerbsmöglichkeiten ergreifen mußten, sind, soweit sie nicht einberufen oder entlassen wurden, meistens dort verblieben.

In München sind an Neubauten: 27 größere Verwaltungsgebäude, 9 Einfamilien- und Kleinhäuser, 41 Rückgebäude, 26 gewerbliche Anlagen und 170 geringfügige Bauten, sowie 320 Umbauten im Hochbau fertiggestellt worden. An staatlichen und kommunalen Bauten sind entstanden oder umgebaut worden: 9 militärische Bauanlagen, 4 Schulbauten, 2 Kirchen, 4 Verkehrsbauten, 3 Verwaltungsgebäude und Erweiterungsbauten in der Gasanstalt. Von den Münchner Bauarbeitern waren viele im benachbarten Dachau, wo größere Kriegsindustrieanlagen errichtet wurden, beschäftigt. Der Wohnungsbestand hat eine Mehrung von 578, darunter 288 Kleinwohnungen, erfahren.

In Augsburg sind 28 Wohnungshauptgebäude, 3 öffentliche Gebäude und Anstalten, 4 Geschäfts- und Wohngebäude, 18 Fabrikgebäude und 96 kleinere Bauanlagen neu entstanden, und an 230 älteren Bauanlagen sind bauliche Veränderungen vorgenommen worden. Das Baugewerbe bot durch umfangreiche Sanierungsarbeiten ziemlich Arbeitsgelegenheit, besonders für ungelernete Arbeiter. In Wohnungen sind neu entstanden 187, davon 138 Kleinwohnungen.

In Ingolstadt hatte eine flotte Bauaktivität. Große industrielle Werke und eine Anzahl Wohnhausbauten sind entstanden. Zeitweise waren mehr als 1000 Bauarbeiter beschäftigt, die sich aus allen Teilen Deutschlands und aus den verschiedensten Berufen rekrutierten, und täglich große Veränderungen aufwiesen. Diese Umstände und das fast völlige Fehlen der anständigen Bauarbeiter auf diesen Baustellen, da diese, soweit sie nicht zum Heeresdienst einberufen wurden, in der Mehrzahl in der Kriegsindustrie tätig sind, haben eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit unmöglich gemacht. Infolge der in Ingolstadt seit Kriegsbeginn obwaltenden, außerordentlichen Verhältnisse waren die meisten Bauunternehmungen gezwungen, den von auswärts kommenden Arbeitern 20, 30 und mehr Pfennige über den Tariflohn zu bezahlen. Durch diese Entlohnung und den oft kurzen Aufenthalt in Ingolstadt glauben die Leute die gewerkschaftliche Organisation nicht notwendig zu haben; und den zahlreichen Mißständen in der Arbeitsweise, da viel in Akkord gearbeitet wird, in der Verpflegung, dem Unterkunftsweisen und dem Bauarbeitersdub sind viele von den „Wandervögeln“ teilnahmlos, und teils sogar feindselig gegenüber. Eine Besserung ist nur möglich, wenn sich ein größerer Kreis der einheimischen Arbeiterschaft im Baugewerbe an den Abhilfemaßnahmen beteiligt; und daran fehlt es gegenwärtig stark. Selber! Wir wollen hoffen, daß auch wieder andere Zeiten kommen.

In Freising war besonders im letzten Vierteljahr durch die Errichtung einer Fabrikanlage reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden. Dieselbe wurde aber von Akkordkolonnen, die meistens von München kamen, zu Schandpreisen ausgeführt, und brachte so keinerlei ideellen Gewinn, sondern eher große Schädigungen.

In Dillingen ist durch unser Betreiben in der Kriegsarbeitsgemeinschaft von der Heeresverwaltung eine Reithalle erbaut worden, und weitere Arbeiten wurden in Aussicht gestellt.

Passaun hatte geringe Beschäftigungsmöglichkeit im Baugewerbe, die durch die Erbauung industrieller Anlagen bei Erlau eine Verbesserung erfuhr.

Windau hatte reichliche Beschäftigung für Zimmerer. Das Angebot konnte die Nachfrage meist gar nicht decken, so daß die Heeresverwaltung größere Gruppen abzustellen gezwungen war.

In Regensburg brachten die Errichtung eines großen Genossenschaftslagerhauses der bayerischen Bauernvereine und verschiedene Hafengebäude Arbeitsgelegenheit im Baugewerbe.

Für das Berichtsjahr sahen die Tarifverträge für 15 Wohngebiete Lohnsteigerungen von 1—3 Pfg. die Stunde vor, die von den meisten Unternehmern ordnungsgemäß bezahlt wurden. In Regensburg, Kempen und Freising war bei einzelnen Unternehmern das Eingreifen der Organisation zur Einhaltung der tariflichen Stundenlöhne notwendig. In Dillingen war nach wiederholtem, persönlichen und schriftlichen Vorstelligen, das zwar eine kleine Besserung, nicht aber die volle Bezahlung der im Tarifverträge vorgesehenen Lohnsteigerung von 3 Pfg. brachte, die Kursummission der Schlichtungskommission notwendig. Bei deren Zusammentritt hielt es der Vorsitzende Degen, rechtskundiger Bürgermeister, dessen soziales Verständnis wir bei früheren Gelegenheiten kennenlernten und hochschätzten, für angebracht, den Vorschlag auf Außerkräftsetzung des Tarifvertrages während der Kriegszeit zu machen, und begründete dies mit der Not des Gewerbes und dem Bürgerfrieden. Gegen eine solche Entscheidung sahen wir uns gezwungen, uns entschieden zur Wehr zu setzen, und erreichten, daß sich die Schlichtungskommission in den Grenzen, die ihr durch den Tarifvertrag gezogen sind, hielt, und einen Schiedsspruch fällte, daß der Tariflohn zu zahlen ist. Dies ist dann auch allmählich geschehen. — Die Lebenshaltung der Bauarbeiter hat durch das Gleichbleiben oben durch das geringe Steigen der Lohnsteigerungen und der ungeheuren Teuerung der zum Lebensunterhalt notwendigen Verbrauchsgüter eine starke Verschlechterung aufzuweisen. Die Bemerkungen: Teuerungsschlagen zu bekommen, hätten nur ganz geringen Erfolg. In Dachau, Ingolstadt und Freising, wo solche allgemein zur Einführung kamen, sind sie in den besondern, bei der Verbreitung über den Raum schon besprochenen Verhältnissen begründet. — Die Mitgliederbewegung war eine rückläufige. Von einem Monat zum anderen gingen die Mitgliederzahlen zurück. Die Grube ist allgemein bekannt, die ausserordentlichen Einberufungen und teilweise der erfolgte Berufswechsel, der vielfach mit der Verlegung des Wohnortes in Öst, die keine gewerkschaftliche Organisation haben, zusammenfällt, sowie die traurige Tatsache, daß „Nachkollegen“ aus mangelndem Opfergeist und fehlendem Gemeinwohl die Organisation verlassen, sind die Hauptgründe für den Mitgliederrückgang. 73 Austritte sehen 391 Abgänge gegenüber. Von den Abgängen ist rund die Hälfte zum Heeresdienst einberufen, und der übrige Teil ist so verlost gegangen. Am Jahresende 1914. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 462. In den Verwaltungen wurden 17314 Stück Beitragsmarken, darunter 1440 Stück Arbeitslosenmarken, und 2166 Stück Solidaritätsmarken ausgegeben. Unter den verlosteten Beitragsmarken sind außer den Arbeitslosenmarken, bei denen nachträglich auch ein zu reichlicher Gebrauch gemacht wird, 2166 Stück Beitragsmarken zu 40 und 45 Pfg. enthalten, die nach unserer Verbandsvorgabe von Kollegen mit geringem Gewinn in den betrieblichen Verwaltungen gelöst werden können. Die diesbezüglichen Kontrollen erlauben, daß in einzelnen Orten mit dieser Beschäftigung Mittelbeschäftigten werden, wobei die Verwaltungen nicht möglich ist. Dies muß anders werden. Die Organisationsarbeit, die bereits in den betrieblichen Orten reichlich besprochen wurde, sollte jetzt noch mehr beachtet werden. Bei der nächsten Versammlung im Herbst 1914. Die Organisationsarbeit, die bereits in den betrieblichen Orten reichlich besprochen wurde, sollte jetzt noch mehr beachtet werden. Bei der nächsten Versammlung im Herbst 1914.

Der Bauarbeiterdub hat im Berichtsjahr keine Förderung, sondern eher eine Verschlimmerung erfahren. Hier ist eine Hauptursache mit dem Nachlassen der Bautenkontrollen und der Beschäftigung berufsfremder Arbeiter im Baugewerbe, die im Krieg verhältnismäßig viel zahlreicher sind, als in normalen Zeiten. Die amtlichen Erhebungen ergaben in München 1914 556 Baumannfälle, von denen 5 tödlichen Ausgang hatten. Von den 556 Baumannfällen entfielen 41 auf Staatsbauten und 350 auf Bauarbeitenplätze, die der städtischen Bautenkontrolle nicht unterlagen. In Augsburg haben sich nach den amtlichen Ausweisen 108 Baumannfälle, darunter 1 tödlicher, ereignet. In Ingolstadt wurden auf verschiedenen Staatsbauten äußerst mangelhafte Gerüste verwendet. Bei einem diesbezüglichen Vorstelligenwerden des Bezirksleiters meinte der fgl. Bauinspektor: die vor und gerügten Gerüstmängel wären kaum vorhanden und die Gerüste entsprächen den an sie gestellten Anforderungen. Als dann an Ort und Stelle der gegenteilige Beweis erbracht wurde, sind Veränderungen und Ergänzungen der beanstandeten Baugerüste erfolgt. Dieselben waren aber, wie das in der Natur der Baugerüste liegt, nur von kurzer Dauer. Ständige Abhilfe kann nur eine zurechtere, mit den notwendigen Machtbefugnissen ausgestattete Bautenkontrolle bringen, wozu dann die Mitarbeit der Bauarbeiter ergänzend hinzutreten muß.

Im Berichtsjahr ist durch Aufhebung der Schutzbestimmungen bei der gewerblichen Beschäftigung der Frauen die Wiedereinführung der Frauenarbeit auf Bauten zur teureren Tatsache geworden. Größeren Umfang hatte sie in Dachau. Die Notwendigkeit dieser Wiedereinführung vermindern wir trotz gegenteiliger Versicherungen der maßgebenden Behörden nicht anzuerkennen, da die sittlichen und moralischen Schäden größer sind, als die wirtschaftlichen Vorteile. — Mit der Verminderung der Mitgliederzahlen und dem Eingehen einiger Ortsgruppen hat sich aber die Arbeit im Bezirksbureau und die Verwaltungsarbeit nicht vermindert, sondern eher vermehrt. Häufiger als sonst fand ein Wechsel der Kassierer und Vertrauensleute statt, wo manchmal das Suchen nach Ersatz sehr schwer war. In verschiedenen Orten mußte die Kassen- und Buchführung vom Bezirksleiter selbst besorgt werden, damit die Gewerkschafts-


den tariflichen Weg die Instanzen zu beschreiten, um in Güte dieselben zur Zahlung des Tariflohnes und Einhaltung der tariflichen Bedingungen zu bewegen.“ Kollege Grünau-Breslau, der hier weilte, empfahl den Versammelten, sich auch der noch in dürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen lebenden Fabrik-, Ziegelei- und Brauereiarbeiter annehmen zu wollen, damit dieselben nicht als Lohnbrüder für das Baugewerbe in Betracht kommen können. — Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Dufski wurde die gutverlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Zahlstelle Ruhrt. Am Sonntag, den 4. Juni, fand im Gesellenhaus, Fürst-Bismarck-Strasse, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche hauptsächlich über die Tarifverhandlungen im Hochbaugewerbe und den nunmehrigen Abschluß derselben. Es wurde von den Anwesenden anerkannt, daß das Erreichte in diesem Jahr den beiden letzten Tarifperioden 1910 und 1913 gleichzustellen sei. Angesichts der heutigen gewerkschaftlichen Situation müsse das Erreichte als ein großer Erfolg für den Verband gebucht werden, der erst nach dem Friedensschluß voll und ganz zur Würdigung komme. Gewiß, den heutigen Teuerungsverhältnissen entspricht die diesjährige Lohnaufbesserung nicht, das hätte man mit 30 Pfg. pro Stunde nicht erreicht. Wenn von vielen Kollegen geäußert werde, es hätte mehr erzielt werden können, so mag das stimmen, jedoch ist dabei zu beachten, daß wir es mit einem mächtigen Gegner, dem Arbeiterverband für das Baugewerbe bzw. mit dem „Bund Deutscher Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe“, zu tun haben, andererseits daß diejenigen, welche unserem Verband den Rücken lehrten, aus persönlichem Egoismus die Beiträge nicht mehr zahlten und alle, welche in der Agitation auf den Arbeitsstellen während des Krieges versagten, die Hauptschuld mittragen. Hätten die Laien und Ortsleiter ihren Mann gestanden, so könnte der Verband heute doppelt so stark sein, und manches hätte für die Kollegen mehr erreicht werden können.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Baumannfälle, Gutachten, Beschlüsse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Baumannfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Orielsburg, 6. Juni. Am Reichsessen Neubau in der Kaiserstraße, der von der Berliner Firma Kaufmann & Wolfenstein ausgeführt wird, ereignete sich am 6. Juni 1916, vormittags 10 1/2 Uhr, ein bedauerlicher Unfall. Durch den Regen am Tage zuvor war das Gerüst aufgeweicht und unterspült. Als unser Kollege Tremmel in der 3-4 Meter tiefen ausgeschachteten Baugrube beim Mauern war, rutschte die Erdmasse, vermischt mit altem Mauerwerk, ihm auf den Leib. Er lag Verletzten am linken Bein davon, mußte die Arbeit einstellen und mit Hilfe von zwei Bauhilfsarbeitern sich ohne ärztliche Hilfe, weil der Herr nicht zu Hause war, in sein Logis begeben. Viel schlimmer kam ein Bauhilfsarbeiter bei derselben Affäre davon, demselben sind beide Beine gequetscht. Aber es ist nicht anders möglich. Die Arbeit schafft nie genug, die ordentlichsten Arbeiter sind nicht gut, heißt es, es müssen daher die vielgepreisten „Berliner Akkordmänner“, die sich natürlich rühmen, wie sie „frei“ organisiert, aller Wahrscheinlichkeit nach aber gar nicht, verschrieben werden.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Snoceng Suchelka. Zahlstelle Rauten.

Johann Starl. Zahlstelle Niederberg.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 6. Mai starb unser Kollege Peter Goffan an einem Lungenleiden.

Verwaltungsstelle Nürnberg.

maschinerie nicht völlig zum Stocken kam. In 157 Fällen hat der Bezirksleiter Rechtsauskunft erteilt, wovon ein beträchtlicher Teil auf Kriegserangehörigen-Unterstützung, Militärhinterbliebenenversorgung u. dgl. entfällt. — Wiederum Dank den Kollegen, die sich in den Dienst der Organisation stellten und so mit zum Zusammen- und Durchhalten wesentlich beitrugen. Im Jahre 1916 sind neue, bedeutungsvolle Gewerkschaftsaufgaben unter erschwerten Umständen zu erfüllen. Zeigen wir uns denen gemachsen, dann wird uns die kommende Friedensarbeit neue Erfolge sichern für Gott und Vaterland.

Hans Brückner.

Verbandsnachrichten

Orielsburg. Am 4. Juni tagte hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, die sich mit der Nichterhaltung des Tarifvertrages seitens der Arbeitgeber im Baugewerbe befaßte. Kollege Dufski führte den Kollegen vor Augen, wie es kommt, daß die Arbeitgeber es hier fertig bringen, um Staffellöhne zu zahlen; Lehner kritisiert weiter das Verhalten der sogenannten „Berliner Akkordmänner“ bei der Firma Kaufmann & Wolfenstein. Nach der eingehenden Schilderung der Verhältnisse im Orielsburger Baugewerbe nahm die gut besuchte Versammlung folgende Entschlieung einstimmig an:

„Durch die Ausführungen des Referenten ist erwiesen, daß der unter Mitwirkung Sr. Excellenz des Herrn Oberpräsidenten v. Batocki und unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungsrat Raus zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den Bauarbeiterverbänden am 7. April 1916 abgeschlossene Tarifvertrag für das Aufbaugesetz Ostpreußen von den Herren Arbeitgebern leider nicht eingehalten wird. Die am heutigen Tage vom christlichen Bauarbeiterverband einberufene Versammlung betrachtet es daher als ihre unbedingte Pflicht und Schuldigkeit, die dem Verbanne noch fernschweben denselben zuzuführen, um dann die Herren Arbeitgeber zur Einhaltung des abgeschlossenen Tarifvertrages zwingen zu können. Da von dem letzteren Mittel jedoch nur im dringenden Notfall Gebrauch gemacht werden soll, wird die Verbandsleitung ersucht, darauf bei den Herren Arbeitgebern durch

Bekanntmachung

Achtung, Bezirk Hannover!

Am 1. Juni habe ich meine alte Stelle als Bezirksleiter des Bezirks Hannover wieder übernommen. Durch meine Verwundung bin ich für den Heeresdienst untauglich und stehe meine Entlassung bevor, bis dahin bin ich beurlaubt.

Ich wichte nun an alle Kollegen die dringende wie freundschaftliche Bitte, wie bisher, so auch weiterhin dem Verband nicht nur Treue zu bewahren, sondern an dessen weiteren Ausbreitung und inneren Festigkeit mitzuarbeiten. Seit der Zeit, wo ich aus dem Felde zurück bin und teilweise wieder mitarbeiten konnte, habe ich mit großer Freude die Wahrnehmung machen können, daß im Bezirk Hannover noch der gute alte gewerkschaftliche Geist unter den Kollegen herrscht. Der Bezirk hat sich als einer der besten im Verbanne während des Krieges gehalten. Viele alte Kollegen sind wieder in die vordere Front getreten und haben sich in den Dienst des Verbandes gestellt.

Alle diesen Kollegen, besonders auch den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten meinen Dank für ihre Arbeiten. Dank gebührt aber auch den Kollegen Glibebrand, Butterbrodt und Dieblich, die in meiner Abwesenheit der Leitung des Bezirks vorgestanden haben.

Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß alle Kollegen weiter mitarbeiten, damit wir nach Friedensschluß den aus dem Felde heimkehrenden Kollegen ein gut ausgebautes Organisations als unsern Dank für ihre Opfer geben können.

Herrhard Zumbrod, Bezirksleiter.

In allen Angelegenheiten wende man sich wieder an meine alte Adresse: H. Zumbrod, Hannover, Am Ronnenwall 16.